

---

Prof. Władysław Bartoszewski

**Polen und Deutschland.  
Interessen- und Wertegemeinschaft**

**I. Deutsch-Polnischer Kongress  
Lokaler Selbstverwaltungen**

Piechowice, 26.–27. November 2007

---

## Inhaltsverzeichnis

	Seite:
<b>Einführung</b> Prof. Jerzy Regulski	5
<b>Polen und Deutschland. Interessen- und Wertegemeinschaft</b> Prof. Władysław Bartoszewski	9
<b>Deutsch-Polnischer Kongress Lokaler Selbstverwaltungen</b> Programm	25
<b>Konferenzergebnisse</b>	29
<b>Bildliche Impressionen</b> (siehe polnischer Teil der Ausgabe)	26

## Einführung

Die Integration Polens mit anderen Ländern der Europäischen Union schreitet rasch voran. Weitere Einschränkungen beim Grenzverkehr fallen. Seit dem Abbau der ersten Barrieren im Jahre 1989 haben wir inzwischen einen langen Weg zurückgelegt. Der Beitritt Polens zur EU hat diesen Prozess weiter beschleunigt und neue Möglichkeiten der Kontaktaufnahme und Zusammenarbeit eröffnet. Die Unterzeichnung des Schengener Abkommens hat die EU-Binnengrenzen für Polen praktisch beseitigt. Bald werden auch die für Polen auf dem Arbeitsmarkt und im gewerblichen Bereich noch bestehenden Beschränkungen auf EU-Ebene ganz verschwinden. Dadurch lösen sich allmählich auch die psychologischen Barrieren auf, die aus ungenuten Erinnerungen an die Vergangenheit und negativen nationalen Stereotypen resultieren.

Darüber hinaus sind bedeutende Veränderungen im deutsch-polnischen Grenzgebiet zu erwarten. Das Leben in den bislang geteilten Städten an Oder und Neiße wird fortan anders verlaufen. Der unmittelbare Einfluss des Ballungsgebiets Stettin und des urbanen Großraumes Berlin wird über die zwischenstaatlichen Grenzen hinausgehen. Die Menschen werden in einem Land wohnen und im anderen Land arbeiten. Grenznah agierende Unternehmen werden ihre Produkte im jeweiligen Nachbarstaat absetzen und zunehmend Mitarbeiter aus beiden Ländern einstellen. Die deutsch-polnische Grenze wird sich in Zukunft zu einer rein administrativen Teilungslinie umgestalten.

Aber jede dieser einzelnen Integrationsetappen bringt neue Herausforderungen und Probleme mit sich, die erst gelöst werden müssen. Dabei kommt den lokalen Selbstverwaltungen, Bundesländern und Wojewodschaften eine Schlüsselfunktion zu. Denn Integration lässt sich nicht einfach durch Parlaments- oder Regierungsbeschlüsse von höchster Ebene verordnen. Die eigentliche Integrationsarbeit müssen vielmehr die Menschen vor Ort leisten, indem sie Kontakt zu ihren Nachbarn jenseits der Grenze aufnehmen und nach konkreten Kooperationsmöglichkeiten suchen. Dabei muss man den Menschen jedoch helfen! Man kann sie mit diesen schwierigen Problemen nicht alleine lassen. Eben darin besteht die Rolle lokaler Behörden, die die spezifischen Interessen lokaler Gemeinschaften vertreten und diese während des gesamten Entwicklungsprozesses nachhaltig unterstützen sollen. Daher bildete der Deutsch-Polnische Kongress Lokaler Selbstverwaltungen

ein so wichtiges Unterfangen, das übrigens von den Spitzen der deutschen und polnischen Selbstverwaltungsorgane mit großer Sympathie aufgenommen wurde.

Durch lebhafte, sachliche Diskussionen zu dieser Thematik haben sich inzwischen zahlreiche wesentliche Schlussfolgerungen herauskristallisiert, die auf eine ganze Palette von Einzelfragen zur Integration hinweisen. In den Jahrzehnten vor der offiziellen Öffnung der deutsch-polnischen Grenze nach 1989/90 besaßen die umliegenden Gebiete auf beiden Seiten der Oder noch weitgehend peripheren Charakter, so dass dort auch schlechtere Entwicklungsbedingungen herrschten. Jetzt werden diese Gebiete allmählich zur völkerverbindenden Brücke zweier Länder und benötigen daher vor allem im Transportbereich bessere Infrastrukturen als bisher. Der diesbezüglich bestehende Nachholbedarf muss schleunigst gestillt werden, damit er nicht zum hemmenden Störfaktor der fortschreitenden deutsch-polnischen Zusammenarbeit wird. Darüber hinaus sollten die Kooperation im wirtschaftlichen Sektor und die sozialen Binnenstrukturen weiterentwickelt werden. Nötig sind aber auch rasche Innovationen im Bildungsbereich, um junge Leute auf beiden Seiten der Oder noch mehr als bisher zu gemeinsamem Handeln zu befähigen. Auch die staatliche Gesundheitsfürsorge in Polen und Deutschland muss sich stärker als bisher gegenseitig angleichen und auf die länderübergreifende, intensive Zusammenarbeit vorbereiten. Es steht also in bestimmten Bereichen noch viel Arbeit an, worauf die in vorliegender Publikation erstmals präsentierten Ergebnisse des oben genannten Kongresses verweisen.

Aber die Grundvoraussetzung für jede Art von Zusammenarbeit ist gegenseitiges Vertrauen. Dieses Vertrauen muss darauf beruhen, dass sich die Gesellschaften beiderseits der Oder immer näher kennen lernen. Dabei muss man die gemeinsame Vergangenheit mit all ihren leuchtenden und finsternen Seiten kennen. Darüber hinaus sollte man über die Traditionen und Werte des jeweiligen Nachbarn Bescheid wissen und sie achten. Doch vor allen Dingen sollte man über eine gemeinsame Vision der angestrebten Vorhaben und Ziele verfügen. Eben diesem Kernproblem hat sich Prof. Władysław Bartoszewski in seinem Grundsatzreferat auf dem Kongress bereits eingehend gewidmet. Prof. Bartoszewski ist für uns ein lebendiges Symbol der Völkerverständigung auf dem Wege zu einer gemeinsamen Zukunft. Es lohnt sich, sein Referat nicht nur genau zu studieren, sondern auch gründlich zu überdenken, da es auf die konkreten Felder der vor uns liegenden Arbeit verweist.

Der Ertrag dieses Kongresses hat eindringlich vor Augen geführt, wie notwendig gemeinsame Treffen und Diskussionsforen sind. Derartige Veranstaltungen bilden nämlich einen Kernbereich des Aufgabenspektrums, den die Stiftung für Entwicklung lokaler Demokratie realisieren möchte. Einer Stiftung, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Entfaltung des Selbstverwaltungsprinzips unter Mitwirkung der Menschen vor Ort bei der Lösung ihrer spezifischen Probleme nachhaltig zu unterstützen. Nicht zuletzt deshalb hat die Stiftung gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung beschlossen, dass die Deutsch-Polnischen Kongresse Lokaler Selbstverwaltungen in Zukunft jedes Jahr stattfinden sollen, um Vertretern des deutsch-polnischen Grenzgebiets einen regelmäßigen Gedankenaustausch über gemeinsame Probleme und Lösungsansätze zu ermöglichen. Es würde uns freuen, wenn wir auf diese Weise zur Vertiefung und Beschleunigung der europäischen Integration und internationalen Zusammenarbeit beitragen könnten.

**Prof. Jerzy Regulski**  
*Präsident der Stiftung  
für Entwicklung Lokaler Demokratie, Warschau*

## Polen und Deutschland. Interessen- und Wertegemeinschaft

**Prof. Władysław Bartoszewski**

*Staatsekretär, Bevollmächtigter des Premierministers in Angelegenheiten  
des internationalen Dialoges, Außenminister a.D.*

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gestatten Sie mir zu Beginn meiner Überlegungen einige einleitenden Bemerkungen! Die Einladung auf diese Konferenz habe ich wie wohl die meisten von Ihnen bereits vor einiger Zeit angenommen. Dabei musste ich alle anderen Termine zurückdrängen und bin erst gestern von London nach Warschau zurückgekehrt, um heute morgen zu Ihnen zu kommen. Als ich meine Teilnahme an diesem Kongress zusagte, war ich lediglich eine Privatperson mit einer recht interessanten Vergangenheit, die seit mehreren Jahrzehnten sehr viel mit deutsch-polnischen Fragen zu tun hat. Und dies nicht nur in bezug auf die tragische Geschichte beider Völker um die Mitte des 20. Jahrhunderts, sondern auch im langen und schwierigen Prozess der Suche nach Möglichkeiten für die Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften.

An diesem Prozess nehme ich seit Ende der 1950er Jahre teil. In Polen gab es damals, im Unterschied zur DDR, durchaus gewisse Möglichkeiten einer unzensurierten öffentlichen Betätigung, die von einem spezifisch polnischen Phänomen getragen wurde – der Wirkmacht der katholischen Kirche. Ich war damals als katholischer Journalist für das Krakauer Wochenblatt „Tygodnik Powszechny“ tätig. Meine ersten Artikel für diese Zeitung verfasste ich bereits 1957 und erhielt vier Jahre später eine feste Stelle als Redaktionsmitglied. Kurze Zeit später wurde Karol Wojtyła zum Erzbischof von Krakau ernannt, bevor er später die Kardinalswürde erhielt und 1978 zum Papst gewählt wurde. Wojtyła hat unser Blatt in all diesen Jahren unter seine fürsorglichen Fittiche genommen. Als freier Co-Autor war er sozusagen mein älterer Kollege in der Redaktion. Seine Autorität und sein „schützender Arm“ verliehen uns immer wieder neue Tatkraft für eine im Vergleich zu vielen anderen Regionen Polens eher untypische publizistische Tätigkeit in Krakau. Diese Unterstützung lässt sich vielleicht nur mit dem Handeln von Kardinal Kominek in Schlesien vergleichen, dessen außergewöhnliche Persönlichkeit innerhalb der kirchlichen Hierarchie Polens gewisse Ähnlichkeiten zu Wojtyła aufwies.

Stefan Kardinal Wyszyński in Warschau und Erzbischof (bzw. später Kardinal) Karol Wojtyła in Krakau – diese beiden herausragenden Gestalten der Kirche waren für uns Wegweiser und fester Halt in jener Zeit. Es sei nur daran erinnert, dass es ja der polnische Episkopat gewesen ist, der während des 2. Vatikanischen Konzils im November 1965 den berühmten Brief an die deutschen Bischöfe verfasst hat und damit den Anstoß für ein neues Denken auf beiden Seiten gab. Dieser Brief hat zwar nicht zu tiefgreifenden Umgestaltungen in der kommunistischen Politik und Staatsverwaltung Polens geführt, aber immerhin einen Denkprozess ausgelöst, der von zahlreichen Initiativen katholischer und protestantischer Intellektueller in beiden Ländern begleitet wurde. Insbesondere im 1968 gebildeten Bensberger Kreis (Initiative aus dem Rheinland!), dessen Gründungsmitglieder für eine generelle Änderung des Verhältnisses zu Polen eintraten, gab es viele berühmte Persönlichkeiten, die heute immer noch weithin bekannt sind. Zu diesen gehören Otto Roegele, einer der Nestoren des katholischen Journalismus in Deutschland, und Hans Maier, der inzwischen bereits emeritierte, international renommierte Professor für Philosophie und Christliche Gesellschaftslehre in München, aber auch Joseph Ratzinger, der den Gründungsakt des Bensberger Kreises mitunterzeichnete. Johannes Paul II. holte Kardinal Ratzinger wohl nicht zuletzt deshalb als ungemein wertvollen, engen Mitarbeiter nach Rom, weil dieser bereits in frühen Jahren engagiert für den vom 2. Vatikanischen Konzil inspirierten Neuaufbruch des Denkens eingetreten war. Nicht von ungefähr wählte Benedikt XVI. zunächst Polen als Ziel seiner ersten Pilgerreise, bevor er sich in seine bayerische Heimat aufmachte. Diese Reiseplanung war keineswegs Ausdruck von taktischem Kalkül, sondern gründete in der festen Überzeugung von der Richtigkeit dieser Entscheidung. Diese persönliche Geste des neuen Papstes wurde in Polen sehr wohl wahrgenommen und geschätzt.

Ich weiß aus der engsten Umgebung Benedikts XVI., dass der Hl. Vater immer noch unter dem tiefen Eindruck der allgemeinen Begeisterung steht, mit der er in Polen empfangen wurde. Der Papst aus Bayern durfte nämlich am eigenen Leibe erfahren, dass die polnischen Katholiken nicht nur „ihren“ Papst enthusiastisch aufzunehmen verstanden, sondern dass eine Million junger Polen bereit war, auf dessen Nachfolger aus Deutschland in Krakau eine ganze Nacht über geduldig auszuharren, um an der anschließenden Morgenmesse mit dem Papst teilzunehmen. Gerade dieses Erlebnis hat Benedikt XVI. – diesen so weisen und erfahrenen Menschen! – tief gerührt. Der gegenwärtige Papst kommt aus einem katholischen, traditionsreichen Pilgerland. Dennoch stieß er in zahlreichen anderen Gegenden Deutschlands nicht annähernd auf die Begeisterung, die ihm in Polen entgegenschlug. Ich mache auf diese Zusammenhänge deshalb aufmerksam, weil diese kirchlich-christliche Komponen-

te auch innerhalb der Europäischen Union wohl nur selten wahrgenommen wird und meistens nicht so bedeutsam erscheint. Diese Tatsache mag heute für zahlreiche Polen unterschiedlicher weltanschaulicher Couleur bisweilen recht irritierend wirken. Denn in Polen herrscht weithin die Auffassung, dass diese Komponente den genuin polnischen bzw. gemeinsamen deutsch-polnischen Beitrag zum neuen Antlitz Europas bildet, dessen Völker die gegenseitige Annäherung suchen. Diese Sichtweise hat sicherlich einiges für sich.

Helmut Kohl war es, der wiederholt öffentlich darauf hingewiesen hat, dass der Fall der Berliner Mauer ohne den Papst aus Polen, ohne die *Solidarność* und den konsequenten polnischen Widerstand gegen den Kommunismus wohl sehr viel später erfolgt wäre, wobei die Ereignisse in den 1980er Jahren einen ganz anderen Verlauf genommen hätten. Diese Worte des ehemaligen Bundeskanzlers werden in Deutschland und Polen bis heute immer wieder gerne zitiert. Diesen Worten kann auch ich nur beipflichten.

Im Rahmen dieser knappen historischen Reflexionen sei darauf hingewiesen, dass der Märtyrertod des Hl. Adalbert im 10. Jahrhundert die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte gleichsam einleitet. Der böhmische Fürstenson Adalbert wuchs im damals noch slawisch beherrschten Gebiet der Stadt Magdeburg auf, wurde später Bischof von Prag und fiel schließlich bei seiner Missionstätigkeit im Ostseeraum dem heidnischen Stamm der Pruzzen zum Opfer. Er wurde rasch zum Nationalheiligen der Deutschen, Polen, Tschechen und Slowaken – und in gewissem Grade auch der Ungarn. Die Gestalt des Hl. Adalbert ist ein leuchtendes Symbol für die Entwicklung der christlichen Zivilisation, Kultur und Einheit Europas. Das damalige Europa erhielt seine unverwechselbare Identität durch christliche Missionare, also in Folge von Massentaufen und Werken der Barmherzigkeit, aber auch mit Hilfe von Orden und Klosterschulen, die die christliche Lehre verbreiteten. Das christliche Antlitz Europas wurde zunächst also maßgeblich von Wandermönchen geprägt, die aus England, aber u.a. auch aus Regensburg stammten (einer Stadt, die Benedikt XVI. immer schon besonders am Herzen lag!).

An der Entstehung der europäischen Identität hatten Missionare unterschiedlichster Länder Anteil. Keine geringere Rolle spielten dabei jedoch in späterer Zeit die Studenten aus Böhmen oder Polen, die es über mehrere Generationen hinweg zu den Universitäten in Deutschland, Italien oder Frankreich zog. In Folge dessen bildeten sich unter dem Einfluss der christlichen Kultur des Westens mit Polen und Böhmen zwei mächtige Staaten heraus, die die weitere Entwicklung des mittelalterlichen Europas bis zum Beginn der Neuzeit wesentlich mitbestimmten. An der Schwelle dieser jahrhundertealten Gemeinschaft von

Germanen und Slawen kam es im Jahre 1000 zum Besuch Kaiser Ottos III. beim Piastenerzog Boleslaw Chrobry [Beiname: „der Tapfere“], die in eine gemeinsame Fußwallfahrt beider Herrscher nach Gnesen zu den Reliquien des Hl. Adalbert mündete. Boleslaw wurde dort von Otto III., dem damaligen Kaiser des Hl. Römischen Reiches Deutscher Nation, zum ersten König von Polen gesalbt. In diesem Zusammenhang sei auch daran erinnert, dass Boleslaws Vater Mieszko I. mit der lothringischen Pfalzgräfin Richeza vermählt gewesen war, deren Gebeine bis heute im Kölner Dom ruhen. Boleslaw selbst reifte in enger politischer Übereinstimmung mit seinen damaligen deutschen Verbündeten zu einem wahrhaft großen polnischen König heran. Die sich in den folgenden Jahrhunderten auftuende riesige Lücke im historischen Denken über die deutsch-polnischen Beziehungen ist unüberschaubar und fand leider nicht immer eine kritische, intelligente Darstellung. Das eigentliche Finale bilden indessen die gemeinsamen Erfahrungen im neuen Europa nach dem Fall der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung Deutschlands.

Die beiden deutsch-polnischen Verträge von 1990 und 1991 zeugen von großer staatsmännischer Weitsicht, aber auch vom Mut und der Weisheit deutscher Außenpolitik (gemeint sind die Regierungen Kohl bzw. Kohl-Genscher bis 1998). Denn die federführenden Politiker haben damals gut verstanden, dass sogar die kühnsten Visionen trotz sehr schwieriger Begleitumstände eine Chance auf Erfolg haben. Und der scheinbar ewig existierende Abgrund zwischen beiden Völkern ist keineswegs unüberwindbar. Dieser Abgrund entsteht nämlich durch das Verschulden einzelner Menschen, die jedoch zugleich die Kraft besitzen, neue Brücken zum Nachbarn zu schlagen.

Obwohl unser Land damals noch nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörte, wurden Deutsche und Polen seit 1991 relativ rasch zu normalen Nachbarn mit einer ziemlich durchlässigen gemeinsamen Grenze, die man in Europa, Amerika und auf der ganzen Welt rasch anerkannte. Es gab in der Folgezeit immer weniger Gründe, das bislang herrschende gegenseitige Misstrauen weiter aufrechtzuerhalten. Somit wurde es 1995 möglich, dass erstmals ein polnischer Außenminister vor dem Deutschen Bundestag in Anwesenheit der Mitglieder des Bundesrats eine offizielle Rede hielt. Ich war damals der einzige Gastredner auf der Sondersitzung zum Gedenken an den 50. Jahrestag des Endes des 2. Weltkrieges, an der auch Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundespräsident Roman Herzog teilnahmen. Die Begrüßungsansprache hielt damals Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth, wobei auch Bundesratspräsident Johannes Rau einleitende Worte sprach. In diesem feierlichen Rahmen wurde mir als polnischem Minister die große Ehre zuteil, eine Rede zu halten. Es ist relativ unwichtig, ob sich in 50 Jahren noch irgendjemand in Deutsch-

land an den konkreten Namen dieses polnischen Ministers erinnern wird. Es sollte aber im historischen Kollektivgedächtnis fest verankert bleiben, dass im Jahre 1995 erstmals in der Geschichte beider Nationen ein Repräsentant der polnischen Regierung – mit ausdrücklicher Ermächtigung des Präsidenten der Republik Polen – im deutschen Parlament eine Rede hielt und diese Rede als Ansprache vor einem Bündnispartner betrachtete. Meine einstündige, in deutscher Sprache verfasste Rede vor dem Bundestag wurde damals vom öffentlichen Fernsehen live übertragen und wurde, wie sich später herausstellte, von über 20 Millionen Zuschauern mitverfolgt. Dieses Ereignis war von einer positiven Tragweite, die bis heute nicht in Vergessenheit geriet. Vor diesem Hintergrund ist zu überlegen, ob man heute überhaupt von einer bedeutenden Verschlechterung der beiderseitigen Beziehungen sprechen kann.

Natürlich kommt es in jeder Familie oder Ehe früher oder später zu bestimmten Meinungsverschiedenheiten, die gemeinsam diskutiert und erörtert werden müssen, wobei immer die Kunst des Kompromisses gefordert ist. Das gegenseitige Verständnis ist manchmal größer und manchmal geringer. Eine gute Ehe hält diese Schwankungen jedoch aus. Und eine Familie bleibt stets eine Familie – egal, welche Interessenkonflikte auch immer auftreten mögen!

Legt man diese Maßstäbe an, so haben sich die deutsch-polnischen Beziehungen nach 1989 sogar eindeutig verbessert. Beflügelt von der starken politischen Unterstützung durch das wiedervereinigte Deutschland (fast uneingeschränkte Akzeptanz seitens des Bundestages) trat Polen der NATO bei, zu der die Bundesrepublik bereits seit etlichen Jahrzehnten gehört. Teile der Bundestagsfraktion von „Bündnis’90 / Die Grünen“ stimmten damals gegen die Mitgliedschaft Polens im Atlantischen Bündnis. Wie man uns später erklärte, drückte diese Haltung jedoch nicht mangelndes Wohlwollen gegenüber Polen aus. Denn die „Grünen“ sind aufgrund ihres Parteiprogramms eigentlich gegen jegliche Tendenzen, die ihrer Meinung nach den globalen Imperialismus oder das militärische Gewicht der Vereinigten Staaten stärken könnten. Eigentlich standen die alten NATO-Mitgliedsstaaten dem Beitritt Polens überhaupt nicht negativ gegenüber.

Deutsche Politiker haben uns auch auf dem Weg zur Europäischen Union, der am 1. Mai 2004 zum Ziel führte, immer wieder tatkräftig unterstützt. Dabei denke ich insbesondere an die in den EU-Strukturen eingebundenen deutschen Politiker, wie den für die Osterweiterung zuständigen EU-Kommissar Günter Verheugen, der sowohl formell als auch de facto eine Schlüsselrolle im gesamten Erweiterungsprozess gespielt hat. Eine analoge Haltung nahmen

auch das Auswärtige Amt und die damals tonangebenden Bundesregierungen ein. Auf das Kabinett Kohl folgte das Kabinett Schröder, unter dessen Amtszeit sich weitere Beispiele für eine wohl verstandene deutsch-polnische Interessengemeinschaft finden lassen.

In Anknüpfung an die Zeit des Hl. Adalbert und Ottos III. kam ich bereits auf unsere kulturelle Wertegemeinschaft zu sprechen. Es steht für mich z.B. außer Frage, dass ein deutscher Tourist in Krakau in punkto Kultur, Tradition oder Architektur keine gravierenden Unterschiede zu Regensburg oder Nürnberg entdecken wird. Als polnischer Außenminister wurde mir wiederholt die Ehre zuteil, das sog. Krakauer Haus in Nürnberg durch die feierliche Schlüsselübergabe an den dortigen Oberbürgermeister zu eröffnen. Diese Begegnungsstätte wirkt bis heute mit großem Erfolg. Zur gleichen Zeit wurde übrigens auch das Nürnberger Haus in Krakau eröffnet, das sich als Ort zahlreicher Veranstaltungen regen Interesses erfreut. Diese eher unscheinbaren Initiativen der deutsch-polnischen Zusammenarbeit erwähne ich ganz bewusst, da dahinter polnische und deutsche Vertreter der regionalen bzw. lokalen Selbstverwaltung stehen. Ähnlich verhält es sich bezüglich der inzwischen schon traditionellen „Bayerischen Tage“ in Krakau, bei denen das Land Bayern als Ideengeber fungiert. Ja, Sie haben richtig gehört, nicht „deutsche“, sondern „bayerische“ Tage in Krakau! Und zwar mit den für diese Region typischen Blasorchestern, dem Biergenuss im Festzelt und der Präsentation von Küche und Brauchtum. Dieses von den Besuchern hervorragend aufgenommene Unternehmen bildet nur ein Beispiel unter vielen anderen gemeinsamen Kulturveranstaltungen. Ermöglicht werden diese dank der vielfältigen Bemühungen von Oberbürgermeistern, Selbstverwaltungsorganen, Delegationen und Institutionen, die sich kontinuierlich für die Vertiefung der zwischenmenschlichen Beziehungen beider Völker einsetzen.

Es sei noch auf eine andere Initiative im kulturellen Bereich hingewiesen, für die ich mich persönlich eingesetzt habe. Gemeinsam mit meinem Freund Professor Kurt Biedenkopf, dem ehemaligen Ministerpräsident von Sachsen (ein Freistaat mit über 100 Kilometer langem Grenzabschnitt zu Polen), beschlossen wir bei einem Treffen im Jahre 1995 in Dresden, unsere Bemühungen zu verstärken, um die deutsch-polnische Wertegemeinschaft in wichtigen Bereichen populärer zu machen. Daher riefen wir anlässlich des unmittelbar bevorstehenden 300. Jahrestages der 1697 erfolgten Übernahme der polnischen Krone durch die Dynastie der Wettiner die Ausstellung „Unter einer Krone“ ins Leben. Die Ausstellung geriet sowohl in Dresden als auch in Warschau zu einem riesigen Erfolg. Dabei ließ man auch von privaten Sammlern zahlreiche Exponate aus, was mit einem hohen Risiko und kostspieligen Sicherheits-

maßnahmen verbunden war. Auf diese Weise bekam das Publikum in beiden Ländern vielfältige historische Zeugnisse über die Polnisch-Sächsische Personalunion zu sehen, die tiefgreifende Auswirkungen auf das damalige aristokratische und großbürgerliche Establishment gehabt hatte, von den dadurch geknüpften sächsisch-polnischen Familien und politisch-kulturellen Aktivitäten ganz zu schweigen. Die seinerzeit geschaffenen Berührungspunkte beider Völker mögen aus heutiger Sicht vielleicht ganz unterschiedlich beurteilt werden. Nichtsdestotrotz bildete diese erfolgreiche Ausstellung ein klares Signal der tatsächlich bestehenden deutsch-polnischen Kulturgemeinschaft in dem von uns angestrebten vereinten Europa. Diese Gemeinschaft trägt überzeitlichen Charakter. Denn im Gegensatz zu unseren bilateralen Verknüpfungen werden weder polnische noch deutsche Wirtschaftskontakte mit „Drittstaaten“ in und außerhalb Europas (auch wenn sie noch so begründet und nutzbringend erscheinen mögen!) die dabei zugleich immer auch vorhandenen historisch-kulturellen Unterschiede aufheben können. Die Kontakte Polens oder Deutschlands mit „Drittstaaten“ werden die spezifische nachbarschaftliche Identität unserer beiden Völker niemals ersetzen können.

Es ist schließlich daran zu erinnern, dass sich die Menschen in Polen erst seit wenigen Jahren immer offener zu ihrer heterogenen familiären Herkunft bekennen. Denn in Hunderttausenden von polnischen Familien hört man immer mehr von deutschen Tanten, Onkeln oder Urgroßvätern. Dabei zeigte sich, dass die Menschen in dieser Region Europas es unabhängig von den jeweiligen Zielen der großen Politik stets für möglich hielten, national gemischte Familienbande zu knüpfen und Vettern oder Bekannte der jeweiligen Ehepartner als eigene Bekannte bzw. Freunde zu betrachten. Eben darin besteht die Normalität im alltäglichen Leben, die uns lange Zeit sehr abgegangen ist! Bei allen meinen Begegnungen und Gesprächen in Deutschland betone ich stets, dass wir von unserem deutschen Nachbarn keine freundschaftlichen Beziehungen erwarten, da sich diese nicht politisch verordnen lassen. Freundschaft ist vielmehr ein anhaltender Prozess zwischen einzelnen Menschen, der überhaupt erst nach einiger Zeit in Gang kommt. Was wir jedoch erwarten, ist Normalität, Stabilität, Wertschätzung und die Bereitschaft, die auftauchenden bilateralen Probleme im Dialog miteinander zu lösen. Mit der Erfüllung dieser Erwartungen stand es bis zu Beginn des 21. Jahrhunderts gar nicht so schlecht. Die offiziellen deutsch-polnischen Beziehungen gaben seit der Wende von 1989/90 jahrelang kaum Anlass zu Sensationen oder Irritationen und stießen vielleicht deshalb in großen Teilen der Bevölkerung auf beiden Seiten der Oder nur auf relativ geringes Interesse. Ohne größeres Echo in den Medien zu wecken, sind jedoch in dieser Zeit die zahlreichen nach 1989 gebildeten deutsch-polnischen Partnerschaften zwischen Städten, Gemeinden, Univer-



sitätslehrstühlen, katholischen bzw. evangelischen Pfarreien, nichtstaatlichen Organisationen und den verschiedensten Interessengruppen oder Klubs stark ausgebaut worden. Auch die Aktivitäten des Deutsch-Polnischen Jugendwerks haben sich inzwischen erheblich weiterentwickelt. Darüber hinaus entstanden etliche neue Partnerschaften in Sport und Tourismusbranche.

Trotz all dieser Beispiele des guten Willens in den Beziehungen von Polen und Deutschen kann man nicht die Augen vor der Tatsache verschließen, dass gewisse Aktivitäten einzelner Gruppen in Deutschland bzw. einer oder zwei politischer Parteien in Polen im Laufe des Jahres 2005 zu einer unübersehbaren atmosphärischen Krise im bilateralen Verhältnis geführt haben. Diese Krise ging auch mit dem derzeit noch andauernden Generationenumbruch einher. Die jungen Menschen, die erst nach dem Fall der Berliner Mauer bzw. nach der Wiedervereinigung Deutschlands oder kurz danach geboren sind, waren in den 1990er Jahren noch kleine Kinder und können sich heute an diese Umbruchszeit gar nicht bewusst erinnern. Daher blickt diese Generation teilweise ganz anders auf zahlreiche Probleme der Geschichte Europas, Deutschlands und Polens. In einigen Punkten ist diese Betrachtungsweise völlig richtig, in anderen weniger zutreffend – ein perspektivischer Wandel ist es jedoch allemal! Auch in Polen sind die tiefgreifenden demographischen Veränderungen unverkennbar, man denke nur an den immensen Drang der Dorfbevölkerung in die Städte. Im wiedervereinigten Deutschland zogen inzwischen ca. drei Millionen „Ossis“ in die Bundesländer westlich der Elbe. Alle diese Faktoren schufen eine ganz neue Situation. Ich fragte einst meinen Freund Helmut Kohl nach seiner Einschätzung der Lage. Daraufhin meinte er, dass er bis auf unbestimmte Zeit wohl der letzte Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland mit abgeschlossenem Geschichtsstudium und historischem Bewusstsein sein werde. Seine Amtsnachfolger seien bereits ganze andere Menschen, da sie weder diese spezifische akademische Ausbildung noch das entsprechende Bewusstsein besäßen. Kohl betonte, dass der 2. Weltkrieg für ihn persönlich vor allem mit der Erinnerung an den an der Front gefallenen, älteren Bruder verbunden sei. Er selbst sei als junger Bursche mit 15 oder 16 Jahren in den Krieg hineingezogen worden. Der Gedanke an den Krieg erfülle ihn im nachhinein mit Grauen und lasse ihn an die damals weitverbreitete Armut in der Bevölkerung denken. In seinem Elternhaus habe es jedoch keine NSDAP-Mitglieder gegeben. Für ihn als deutschen Patrioten bilde die NS-Zeit eine Epoche, deren Wiederholung er seinem Volk niemals wünschen würde.

Heute hingegen kennen die Menschen die neueste Geschichte nur aus Büchern oder Zeitungen. Der daraus resultierende Mangel an historischem Bewusstsein hat Rückwirkungen auf Motivation und Bewertungskategorien

des geschichtlichen Denkens. Angesichts dessen ist es klug, das historische Wissen von neuem zu wecken. Als Historiker und streckenweise auch Schriftsteller habe ich bis heute unentwegt versucht, in eben diesem Bereich zu arbeiten, und zwar auch nach meiner Tätigkeit im Diplomatischen Dienst. Die Entwicklung in Deutschland verfolge ich bis heute stets mit großer Aufmerksamkeit. Während meiner Dozentenzeit in Bayern studierten mehrere Hundert junge Deutsche aus den Jahrgängen 1960-1968 bei mir. Dabei lernte ich zahlreiche Menschen kennen, die heute teilweise eine bedeutende Stellung im politischen oder gesellschaftlichen Leben Deutschlands einnehmen. An dieser Stelle sei nur auf einige „Extrembeispiele“ hingewiesen: Zu meinen Studenten gehörten Giovanni Di Lorenzo, heute Journalist der eher politisch linken Wochenzeitung „Die Zeit“ und Georg von Habsburg, der eher rechtskonservativ gesinnte jüngste Sohn des Europaabgeordneten Otto von Habsburg. Mit den Politik-Studenten der Ludwig-Maximilians-Universität München machte ich ganz unterschiedliche Erfahrungen. Mit vielen von ihnen pflege ich noch heute herzliche Kontakte in Form von brieflicher Korrespondenz. Für die meisten von ihnen war ich damals der erste Pole, dem sie in ihrem Leben überhaupt begegnet sind. In den 1980er Jahren lebten nicht sehr viele meiner Landsleute in Bayern. Diejenigen, die dort lebten, sind von sich aus nie in die Heimat gereist, so dass sie vor meiner Ankunft keinen Kontakt zu polnischen Bürgern besessen hatten. Daher wurden unsere Treffen für beide Seiten zu einer interessanten Erfahrung. Ich arbeitete damals zwölf Semester lang mit deutschen Studenten, was mich persönlich stark bereicherte und mir die Möglichkeit gab, ein enorm wertvolles Gespür für die deutsche Kultur und Lebensart zu entwickeln.

Denn mit der Zeit wurde ich von meinen Studenten nicht mehr nur als reiner „Außenstehender“, sondern auch ein bisschen als „Insider“ betrachtet. Dabei lernten wir uns näher kennen und lernten auch, miteinander ins Gespräch zu kommen. Die daraus resultierenden gemeinsamen Erfahrungen kristallisierten allmählich gewisse, uns verbindende Werte heraus. Ich meine z. B. die Achtung und den Respekt vor der Würde und Andersartigkeit bzw. den Eigenheiten des Mitmenschen, der dadurch keineswegs besser oder schlechter, sondern nur ein bisschen anders ist als man selbst – aber dennoch stets der Nächste bleibt.

Die gemeinsamen Werte, denen wir huldigen, sind keine leeren Phrasen. Sie gestalten unsere Haltung gegenüber anderen Menschen im konkreten Alltag: in der Familie und am Arbeitsplatz, in Gemeinde und Landkreis, in Stadt und Wohnviertel sowie in den unterschiedlichsten Situationen. Aufgrund meiner damaligen jahrelangen Beobachtungen in Bayern kann ich bis heute nicht er-

kennen, dass es in der Geschichte zwangsläufig stets zu Konflikten zwischen Polen und Deutschen kommen muss!

An dieser Stelle möchte ich den mir gut bekannten CDU-Politiker Wolfgang Schäuble zitieren, mit dem ich 2006 im Museum von Auschwitz privat zu einem Gespräch zusammentraf. In unserem über einstündigen Gespräch äußerten wir unsere tiefe Besorgnis über die damals eingetretene deutliche Verschlechterung des Klimas der deutsch-polnischen Beziehungen. Für mich war Herr Schäuble dabei nicht amtierender deutscher Innenminister, sondern nur ein guter alter Bekannter von der CDU. Ich fuhr zu dieser Begegnung als Privatmann und ehemaliger Außenminister der Republik Polen. Wir sprachen beide ganz unverblümt über die damalige Lage in Deutschland und Polen und stimmten in der Einschätzung der Dinge völlig überein. Bereits damals machte ich mit Nachdruck auf die auch heute von mir ständig betonte enorme Rolle der lokalen Selbstverwaltung aufmerksam, die einen gleichsam zeitlosen Wert besitzt und gegenüber eventuellen politischen Turbulenzen in den offiziellen Beziehungen beider Länder immun ist.

Wolfgang Schäuble wies in seinem Vortrag im Rahmen des Deutsch-Polnischen Dialoggesprächs im November 2006 in Krakau auf folgende Zusammenhänge hin: „Die deutsche Wiedervereinigung hat ihren Anfang in Polen genommen. Die politische Wende in Europa und das Ende des Kalten Krieges gingen von polnischem Boden aus. Es begann mit der Wahl eines polnischen Papstes und mit mutigen Menschen, die für ihre Überzeugung auf die Straße gingen, die sich in Gewerkschaften zusammenschlossen und denen die Kirche Kraft gab. Mit Johannes Paul II., Lech Wałęsa und Solidarność begann die Entwicklung, die zehn Jahre später zum Fall der Berliner Mauer, zur Deutschen Einheit, zum Ende des Ost-West-Gegensatzes und damit – man kann es nicht anders sagen – zu einem großen Wunder, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa geführt hat. Die Deutschen werden den Polen dafür immer dankbar bleiben. Bei allen Aufregungen um das deutsch-polnische Verhältnis, die es in den letzten Monaten gab: Polen und Deutsche sind heute viel, unendlich viel enger verbunden, als sich die meisten das vor 60 oder auch noch vor 40 Jahren hätten träumen lassen. [...] Wir teilen schlimme Erinnerungen – aber wir dürfen diese Erinnerungen nicht missbrauchen. Wir wissen um die Empfindlichkeiten des anderen und sollten darauf Rücksicht nehmen. Als Nachbarn brauchen wir einander, und vor allem können wir uns gegenseitig bereichern und stärken. Deshalb müssen wir immer wieder das Gespräch suchen, anstatt voreilig und aus der Ferne Zeugnisse zu verteilen.“

Als Frau Steinbach vor einigen Jahren nach Warschau zu Gesprächen fuhr, habe ich ein Treffen mit ihr bewusst abgelehnt – anders als Donald Tusk, der damals noch Abgeordneter der Opposition gewesen war. Beide traten damals gemeinsam im öffentlichen Fernsehen auf. Als Frau Steinbach dabei bestimmte Ereignisse des tragischen Schicksals der deutschen Zivilbevölkerung in den Jahren 1994/45 in Erinnerung rief, wollte Tusk von ihr wissen, ob beim Untergang des Passagierschiffs Wilhelm Gustloff auch Angehörige ihres engsten Familienkreises ums Leben gekommen seien, was sie verneinte. „Aber meine Tante ging dabei unter“ – konstatierte Donald Tusk. So unterschiedlich war das tragische Schicksal der Menschen in jenen Gebieten gegen Ende des Krieges. Menschen, die lediglich bis Kriegsende durchhalten und dann in Frieden leben und arbeiten wollten. Die Erinnerung an ihre leidvollen Erfahrungen muss bewahrt und geachtet werden. Doch noch weitaus größere Achtung sollte man der Tatsache entgegenbringen, dass Millionen von Kriegsoffern überhaupt keine Gelegenheit für das Bemühen um gegenseitige Verständigung gegeben wurde.

Gegen Ende meiner Überlegungen möchte ich darauf aufmerksam machen, dass unser Ministerpräsident Donald Tusk in seiner von der einheimischen Presse lediglich in größeren Fragmenten veröffentlichten Regierungserklärung (insgesamt 46 Schreibmaschinenseiten!) mehrmals mit Nachdruck auf die überragende Bedeutung der Initiativen der lokalen Selbstverwaltung und der Wirtschafts- bzw. Investitionsfreiheit hingewiesen hat. Betont wurde dabei auch die Notwendigkeit von Gesetzesänderungen zur Steigerung der Leistungsfähigkeit privaten Handelns im wirtschaftlichen Bereich (insbesondere bei Investitionen). Zugleich kehrte Tusk in seiner Regierungserklärung immer wieder hartnäckig auf die Forderung nach der Wiedergewinnung von verlorengegangenem Vertrauen zurück. Der Staat müsse sich vor allem zum Ziel setzen, die Bürger in ihrem zivilgesellschaftlichen Handeln nicht zu behindern oder gar zu stören. Mit bestimmter staatlicher Unterstützung können die lokalen Selbstverwaltungsorgane nämlich unheimlich viel bewirken! Ich habe allen Grund zur Annahme, dass diese Auffassungen tatsächlich der Grundüberzeugung von Donald Tusk entsprechen, da ich ihn schon seit etlichen Jahren recht gut kenne. Er stammt nämlich aus einer Familie, in der menschliche Arbeit stets geschätzt wurde. Sein Vater war ein unvermögender Tischler, der seine drei Kinder dennoch bis zum Hochschulstudium führte. Der heutige Ministerpräsident Polens hat es von klein auf nie leicht im Leben gehabt. Daher weiß er selbst nur allzu gut, was die Begriffe Hartnäckigkeit, Initiativbereitschaft, Wissensdurst und Durchsetzungswille heißen. Dies schränkt jedoch seinen Optimismus keineswegs ein, ganz im Gegenteil – es verleiht ihm ein gewisses Lächeln.

Doch worin bestehen die grundlegenden Probleme in den deutsch-polnischen Beziehungen? In beiden Ländern gibt es infrastrukturelle Versäumnisse, die derzeit wohl in Polen größer sind als in Deutschland, was die Anpassung an den erhöhten Grenzverkehr zwischen den drei östlichen Bundesländern und den drei westlichen Wojewodschaften Polens betrifft. Durch den Beitritt Polens zum Schengener Gebiet ändert sich für die Bürger auf beiden Seiten der Oder eigentlich nicht sehr viel, da der freie Personen- und Güterverkehr an der Grenze ja schon längst besteht. Die diesbezüglich bedeutendste Veränderung liegt indessen in der größeren gemeinsamen Verantwortung für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, wie z.B. Rauschgift- oder Menschenhandel. Wie ich von Innenminister Schäuble erfahren habe, ist die bilaterale Zusammenarbeit von Polizei und Grenzschutz inzwischen außerordentlich gut. Davon konnte ich mich auch persönlich überzeugen, als ich mich am 2. November 2007 mit der Bahn von Warschau nach Berlin begab. Die Überquerung der Grenze erinnerte mich stark an den Grenzübertritt von Deutschland nach Frankreich, der ohne größere Kontrollen und Unannehmlichkeiten für die Reisenden vonstatten geht. Unübersehbar waren auf meiner Zugfahrt nach Berlin jedoch das gegenseitige Vertrauen der deutschen und polnischen Grenzschutzbeamten sowie ihr Verantwortungsbewusstsein bei der schwierigen Alltagsarbeit, die auch weiterhin von zahlreichen Kontakten mit der Welt des Verbrechens geprägt sein wird.

Die neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (darunter insbesondere Polen und Litauen!) stehen zur Zeit aufgrund der faktischen Abschaffung der Binnengrenzkontrollen und dem damit von diesen Staaten exklusiv übernommenen Schutz der EU-Ostgrenze unter besonderer Beobachtung. Es ist daher kein Zufall, dass unser Ministerpräsident seinen ersten offiziellen Staatsbesuch in Litauen abhielt. Dieser Besuch diente dazu, gewisse gemeinsame Aufgaben mit der litauischen Seite präzise zu definieren und verschiedene Maßnahmen in bilateralen Arbeitstreffen zu koordinieren. Wir sehen dies als unsere Verpflichtung und als Beitrag für die Schaffung des gemeinsamen Europa an. Die südlichen Nachbarn Polens – Slowaken und Tschechen – nehmen die von der organisierten Kriminalität ausgehenden Gefahren ebenfalls sehr ernst. Polen wird also immer mehr zu einem integralen Bestandteil Gesamteuropas.

Am Ende meiner Überlegungen möchte ich kurz darauf eingehen, wie man vielleicht in Zukunft weitere Konflikte in den deutsch-polnischen Beziehungen vermeiden könnte. Noch wesentlicher als die Debatte um die museale Form der Erinnerung an bestimmte tragische Erfahrungen der Deutschen gegen Ende des 2. Weltkrieges erscheint mir die gemeinsame „Aufarbeitung“ der Geschichte, die bislang noch fehlt. Die Errichtung von Museen

sollte indessen in möglichst enger gegenseitiger Übereinstimmung erfolgen. Dabei sollte man durch sachliche Diskussion nach befriedigenden Lösungen suchen und nicht auf bilaterale Konfrontation ausgerichtet sein. Die heutige junge Generation in Deutschland und Polen ist überhaupt nicht daran interessiert, die Geschichte ihrer eigenen Nation in Kategorien der Konfrontation zu betrachten. Die scheinbaren Erfolge dieser Art von Geschichtsbetrachtung, bei der zugleich die Vergangenheit für bestimmte Zwecke manipuliert wird, sind lediglich für einige Gruppen in kleineren oder größeren politischen Parteien erstrebenswert. Es ist stets sehr leicht, Unruhe und Missmut unter den Menschen auszulösen. Viel schwieriger ist es hingegen, sie zu Dialog und gegenseitigem Verständnis zu führen.

Ein zweiter Punkt betrifft das Verhältnis der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu den Partnern außerhalb der EU. Die in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und auf anderen Gebieten bestehenden Beziehungen der EU mit den verschiedensten Ländern der Welt sind im Zeitalter der Globalisierung natürlich ganz selbstverständlich. Dennoch sollte man sich stets darüber bewusst sein, an welchem geographischen Ort man sich befindet und welche Nachbarn einem die nächsten sind! Der 1930 verstorbene polnische Satiriker und Prosaiker Włodzimierz Perzyński, dessen Komödien „Aszantka“ (1907) oder „Szczęście Frania“ [Das Glück des Franio, 1909] einst im Theateraufführung des Polnischen Fernsehens zu sehen waren, machte bereits vor 80 Jahren in einem Feuilleton folgende Bemerkung: „Ich frage mich immer wieder, warum unsere Vorfahren sich ausgerechnet diesen Ort für die Ansiedlung der Polanen und Wislanen – also der Polen – ausgesucht haben. Geschah dies etwa aufgrund des guten Klimas oder wegen der netten Nachbarn?“ Man sieht, ein typisches Thema für die Satiriker jeder Generation...

Polen besitzt solide und ehrliche Nachbarn im Westen, Süden und Nordosten (Litauen). Dagegen haben wir – wie alle anderen auch – ein Problem mit Lukaschenko aufgrund seines persönlichen Charakters und seiner Auffassung über die Einhaltung von Menschenrechten. Für uns ist dieses Problem jedoch etwas größer, da ca. 10 Prozent der in Belarus lebenden Bevölkerung Polen sind. Unsere Landsleute, die zugleich Bürger Weißrusslands sind, sind den Schikanen seitens der staatlichen Behörden besonders stark ausgesetzt. Daher erfordert die Haltung der polnischen Regierung ein hohes Maß an Besonnenheit und ruhiger Überlegung, wobei wir uns ständig darüber im klaren sein müssen, dass dieses Problem für uns und ganz Europa bis auf weiteres nicht verschwinden wird. Ein eigenes Problem bildet hingegen die Ukraine, die bis heute sehr intensiv um ihre innerstaatliche Stabilisierung

bemüht ist, aber zugleich weiterhin unter dem starken Einfluss Russlands steht. Polen wird jedoch seine Rolle als Anwalt der Ukraine nicht aufgeben, eines Landes mit einer Fläche von 614.000 qkm und über 50 Millionen Einwohnern. Das Land wäre im Falle eines etwaigen EU-Beitritts in ferner Zukunft eines der größten Länder der Europäischen Union. Dies entspricht dem Willen der jungen Generation von heute, aber die derzeitigen politischen Voraussetzungen prophezeien keinen raschen Wandel. Bei meinen Besuchen in Deutschland hat man mich immer wieder nach meiner Meinung zu den Möglichkeiten einer Annäherung der Ukraine an die Europäische Union gefragt. Daraufhin habe ich stets offen eingeräumt, dass dies keine Frage von wenigen Jahren ist. Nötig ist vielmehr ein kompletter Generationenwechsel. Bis dahin bleibt diese Frage eine wichtige Herausforderung für ganz Europa.

Meiner Auffassung nach gibt es bestimmte Bereiche, in denen die Polen für das politisch einflussreiche und wirtschaftlich mächtige, überwiegend auf Export ausgerichtete Deutschland (Industrie, Handel und Tourismus) zu ausgezeichneten Partnern in einer bilateralen Interessengemeinschaft werden könnten. Gestatten Sie mir, diesbezüglich ein Beispiel aus meinem engsten Familienkreis zu nennen. Mein Sohn ist polnischer und britischer Staatsbürger und hat in Cambridge promoviert. Als sich die Engländer nach dem epochalen Wandel in Europa verstärkt dem russischen Markt zuwandten, machten die damaligen Studienkollegen meines Sohnes in Cambridge – heute teilweise Ministerialbeamte, Parlamentsabgeordnete oder Stadträte – ihm den Vorschlag, die Leitung einer britischen Consulting-Firma zu übernehmen, die ihren Sitz in Moskau hat und sich mit der Privatisierung von Immobilien befasst. Der Grund dafür lag auf der Hand: besseres Verständnis der russischen Mentalität, gekonntere Kontaktaufnahme. Diese sehr weise und eben typisch englische, weil eher pragmatische Einschätzung der sich bietenden Möglichkeiten bei der Ausnutzung des Mitarbeiterpotentials erwies sich im nachhinein als völlig berechtigt. Denn als mein Sohn mit seinem britischen Pass nach Moskau kam und sich mit seinen russischen Geschäftspartnern traf, unterhielt man sich auf deren Wunsch nicht auf Englisch, sondern Polnisch.

Ich glaube, dass Polen in gar nicht allzu ferner Zukunft in verschiedensten Bereichen eine ebenso hilfreiche Rolle für die EU einnehmen kann, wie ein polnischer Absolvent einer britischen Hochschule für eine britische Bank, die im Osten Europas Geschäfte tätigt. Und zwar aufgrund seiner Kenntnisse über die Lage vor Ort und die mentalen Eigenheiten bzw. nationalen Gebräuche der dortigen Geschäftspartner, aber auch infolge seiner besonde-

ren Vermittlungsfähigkeit und wegen des größeren Vertrauens, das ihm von einfachen Leuten entgegengebracht wird. Wir Polen müssen diese enorme Chance unbedingt nützen und vor allem auf unser diesbezügliches Potential aufmerksam machen. Eben darauf habe ich auf meiner jüngsten Reise nach Berlin im November 2007 wiederholt hingewiesen, in deren Verlauf ich einige bedeutende Gespräche habe führen können. Dabei legte ich besonderen Wert darauf, für die bevorstehenden Gespräche in Moskau auch die deutsche Unterstützung zu gewinnen und erinnerte an die einst von den Außenministern Genscher und Skubiszewski entwickelte und vom damaligen Bundeskanzler Kohl wohlwollend geförderte Idee der bilateralen Partnerschaft. Diese Idee ist heute nach dem Regierungswechsel in Polen erneut aktuell geworden und befindet sich auf einer neuen Wegetappe. Eben dieses Signal sandte ich an meine Gesprächspartner in Deutschland.

In den vorab angestellten Überlegungen spielten historische Akzente und Assoziationen eine wichtige Rolle. Das für unser Nationalbewusstsein sicherlich notwendige Denken in geschichtlichen Kategorien birgt aber auch die Gefahr, in gängige Stereotypen und Beurteilungskriterien zu verfallen, die eine gegenseitige Verständigung erschweren. In der Geschichte Deutschlands gab es zwölf tragische Jahre, worüber sich die Deutschen durchaus bewusst sind. Über diese Zeit reflektierten insbesondere zwei deutsche Bundespräsidenten: Gustav Heinemann und Richard von Weizsäcker – man denke nur an dessen dramatische Rede vom Mai 1985! Aber wenn man die Geschichte stets nur im Kontext der tragischen Berührungspunkte unserer beiden Völker betrachtet, fördert das die Entwicklung normaler zwischenmenschlicher Beziehungen im Alltag sicher nicht. Die Vergangenheit Europas ist seit vielen Jahrhunderten von zahlreichen Konflikten geprägt. Deutsche kämpften gegen Franzosen, Franzosen gegen Engländer und Engländer gegen Spanier. Die Gestalt Elisabeths I. steht in Großbritannien in hohem Ansehen, weil diese englische Königin im 16. Jahrhundert die Seeschlacht mit der spanischen Armada für sich entscheiden konnte. Doch ist dies etwa ein Grund, dass die heutigen Engländer weiterhin historische Reminiszenzen gegenüber den Spaniern pflegen? Wer so denkt, denkt in Anachronismen. Daher ruht die größte Verantwortung für die Herstellung normaler deutsch-polnischer Beziehungen auf den Bürgern selbst bzw. auf der praktischen Arbeit „von unten“. Auf diese Weise können wir am meisten dazu beitragen, dass sich ein untrügliches Gefühl für die uns verbindende Werte- und Interessengemeinschaft herausbildet.

Immer wenn ich mich zu einem Besuch nach Österreich begeben und Eindruck auf meine Gastgeber machen möchte, weise ich sie auf die Notwendig-

keit von Investitionen im Osten Europas (u.a. auch in Polen) hin, was übrigens stets ziemlich großes Gehör findet. Danach zeige ich meinen österreichischen Gastgebern immer eine Kreditkarte der Raiffeisen-Bank, bei der ich ein Konto besitze. Ich habe Vertrauen zu Österreich. Warum sollte also Österreich kein Vertrauen zu Polen haben?

*Piechowice, den 26. November 2007*

## I. Deutsch-Polnischer Kongress Lokaler Selbstverwaltungen

### Die Politik Polens, Deutschlands und der Europäischen Union und ihr Einfluss auf die grenznahe Zusammenarbeit

**Montag, 26. November 2007**

11.00 – 11.15 Uhr **Eröffnung**

**Prof. Jerzy Regulski**

Präsident der Stiftung für Entwicklung  
Lokaler Demokratie

**Norbert Obrycki**

Marschall der Wojewodschaft Westpommern

**Falk Altenberger**

Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen

**Andrzej Łoś**

Marschall der Wojewodschaft Niederschlesien

11.15 – 13.15 Uhr **Podiumsdiskussion**

**Die Politik Polens, Deutschlands und  
der Europäischen Union und ihr Einfluss  
auf die grenznahe Zusammenarbeit**

„Die deutsch-polnische Regierungskommission seit 1991“

**Joanna Kapuścińska**

stellv. Direktion der Abteilung für EU und Internatio-  
nale Zusammenarbeit, Ministerium des Inneren

**Prof. Irena Lipowicz**

ehemalige Botschafterin,  
Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität, Warschau

**Michael Kretschmer**

Mitglied des Deutschen Bundestages, CDU

Moderation: **Prof. Jerzy Regulski**

14.15 – 15.00 Uhr **Referat**

**Polen und Deutschland.  
Interessen- und Wertegemeinschaft**

**Prof. Władysław Bartoszewski**

Staatssekretär in der Kanzlei des Premierministers,  
Außenminister a.D.

15.00 – 17.00 Uhr **Podiumsdiskussion**

**Der Einfluss der Regierungspolitik Deutschlands  
und Polens auf die kommunale Zusammenarbeit  
auf den Ebenen:**

- Länder – Województwa
- Kreise – Powiaty
- Gemeinden – Gminy

**Andrzej Łoś**

Marschall der Wojewodschaft Niederschlesien

**Prof. Rolf Karbaum**

Oberbürgermeister von Görlitz a.D.

**Adam Zarzycki** Bürgermeister von Cedynia (Zehden)

**Helmut Arens**

Abteilungsleiter für Recht und Kommunales,

Sächsisches Staatsministerium des Innern

**Szymon Pacyniak**

Kreisabgeordneter des Landkreises Zgorzelec

**Dr. Frank Ehling**, Amtsdirektor Barnim-Oderbruch

Moderation: **Dr. Maciej Pawłowski**

Direktor des Auswärtigen Didaktischen Zentrums  
der Technischen Hochschule Breslau in Hirschberg

17.30 – 19.30 Uhr **Podiumsdiskussion**

**Der Einfluss der EU-Programme auf die  
Gestaltung grenznaher Zusammenarbeit  
aus den Gesichtspunkten:**

- des Europäischen Parlaments
- der nationalen Parlamente

- des Marschallamtes

- der Euroregionen

**Zbigniew Dynak**

Direktor der Abteilung für Regionalentwicklung  
des Niederschlesischen Marschallamtes

**Czesław Fiedorowicz**

Präsident der Euroregion Spree-Neiße-Bober

**Vertreter der Euroregionen**

Neiße, Pro Europa Viadrina,

Spree-Neiße-Bober, Pomerania

Moderation: **Marcin Zawila**,

Sejmabgeordneter, Bürgerplattform

20.00 Uhr

**Abendessen auf Einladung von Siemens**

After dinner speech

**Die Klimaschutzpolitik als Herausforderung für  
Deutschland und Polen im gemeinsamen Europa**

**Karol Szyndzielorz**

Berater des Vorstands von Siemens

**Dienstag, 26. November 2007**

09.00 – 09.30 Uhr **Referat**

**Deutsch-polnische grenzübergreifende Zusammen-  
arbeit im Prozess der europäischen Integration**

**Dr. Marzenna Guz-Vetter**, Leiterin der Politischen  
Abteilung der Vertretung der Europäischen Kommis-  
sion in Polen

09.30 – 11.00 Uhr **Präsentation, Teil I**

**Beispiele guter Erfahrungen deutsch-polnischer  
grenzüberschreitender Zusammenarbeit im Rah-  
men von Interreg** (Erfahrungen der Wojewodschaften:  
Niederschlesien, Lebus, Westpommern und ihrer  
deutschen Partner)

**„Bau von touristischen Anlegestellen auf der Oder in den Orten Cigacice, Nowa Sol, und Bytom Odrzanski“  
„Europaunternehmer – Deutsch-Polnisches Bildungszentrum für Wirtschaftskader im Grenzraum“**

**Edward Fedko**

Leiter der Abteilung für die Einwerbung von EU-Finanzmitteln, Stadt- und Gemeindeamt Sulechów

**Zbigniew Staszak**

Vorsitzender des Fortbildungszentrums in Gorzów Wlkp.

Moderator: **Monika Przeniosło**

Leiterin der Abteilung für Europäische Grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Marschallamt der Niederschlesischen Wojewodschaft

11.30 – 13.00 Uhr **Präsentation, Teil II**

**„Bau einer 66 Meter – Skisprungschanze in Bad Freienwalde“  
„Dienstleistungs- und Beratungszentrum für kleinere und mittlere Unternehmer“**

**Dieter Bosse**

Vertreter des Wintersportvereins Bad Freienwalde

**Waldemar Miško**

Vorsitzender des Städte- und Gemeindenverbandes des Flussgebietes der Parseta in Karlino

13.00 Uhr **Zusammenfassung der Konferenz**

**Richtungen legislativer Veränderungen zwecks Intensivierung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit im Grenzgebiet**

**Czesław Fiedorowicz**

Präsident der Euroregion Spree-Neiße-Bober

**Organisation:**

- Stiftung für Entwicklung Lokaler Demokratie - Zentrum für Lokale Selbstverwaltung in Hirschberg
- Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertretung in Polen

**Förderung:**

- Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit
- Siemens

## Konferenzergebnisse

### I. Deutsch-Polnischer Kongress Lokaler Selbstverwaltungen

Piechowice, 26. - 27. November 2007

1. Wir plädieren für eine konsequente Überwindung der Stereotypen in den deutsch-polnischen Beziehungen und den Abbau gegenseitiger Vorurteile sowie vertrauensbildende Maßnahmen, insbesondere in Hinblick auf Polens Beitritt zum Gebiet des Schengener Abkommens.
2. Nach der zeitweise erfolgten Abkühlung der bilateralen Beziehungen ist es dringend notwendig, konkrete Institutionen für den deutsch-polnischen Dialog zu schaffen. Außerdem gilt es den gesellschaftlichen Dialog zu erweitern und das aktuelle bzw. historische Wissen übereinander mittels der öffentlichen Medien zu vertiefen. Dies schließt eine Partnerschaft der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten Deutschlands und Polens, aber auch die Integration Polens in TV ARTE mit ein.
3. Erhöhter Finanzierungsbedarf herrscht derzeit beim Jugendaustausch, der dazu dient, die eigene Geschichte und Tradition in gegenseitigem Austausch kennen zu lernen und ein Verantwortungsbewusstsein für die gemeinsame Zukunft zu entfalten. Ferner ist ein System zur Förderung des Polnischunterrichts für Deutsche notwendig.
4. In beiden Ländern macht sich die wirtschaftliche Marginalisierung der jeweiligen Grenzräume bemerkbar. Wir halten es für unerlässlich, unter Ermittlung der derzeitigen Faktenlage und unter maßgeblicher Beteiligung der zuständigen Ministerien sowie der Wojewodschaften Westpommern, Lubus und Niederschlesien ein Entwicklungskonzept für den deutsch-polnischen Grenzraum zu erstellen, das eine Antwort auf zahlreiche Initiativen wie z.B. die „Oderpartnerschaft“ darstellt. Die Arbeiten sollten sich auf die bisherigen Leistungen der lokalen Selbstverwaltungen, Euroregionen, Schulen, Bildungseinrichtungen und gesellschaftlichen bzw. wirtschaftlichen Institutionen stützen.
5. Besonders dringend ist der Aufbau einer effizienten Infrastruktur im Verkehrsbereich. Dies betrifft vor allem:
  - die Beendigung der Arbeiten am Konzept des Mitteleuropäischen Transportkorridors,

- die Anpassung der Straßen- und Flussbrückennetze an die Bedürfnisse des grenzüberschreitenden Verkehrs,
- die Überwindung der Krise im öffentlichen Eisenbahngrenzverkehr und bei der Wahrung der Belange der Wojewodschaften.

6. Die Zusammenarbeit der Einrichtungen der lokalen Selbstverwaltung und der öffentlichen Verwaltung beiderseits der Grenze ist zu stabilisieren, auszudehnen und rechtlich neu zu verankern, um die systembedingten Unterschiede zu mildern. Aufgabe der Regierung ist es, die dabei auftretenden Barrieren zu liquidieren.
7. Den Arbeiten des Ausschusses für interregionale Zusammenarbeit, des Ausschusses für grenznahe Zusammenarbeit und des Ausschusses für Raumordnung im Rahmen der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit, an deren Sitzungen sowohl Vertreter der Regierungsverwaltung als auch Vertreter der lokalen bzw. regionalen Selbstverwaltungen und Euroregionen teilnehmen, kommt ein hoher Stellenwert zu. Denn dadurch wird die Anhörung verschiedenster Kreise zu den geplanten grenzüberschreitenden Maßnahmen und der Initiierung neuer Projekte möglich. Die Kommission sollte auf aktuelle Probleme im deutsch-polnischen Grenzraum reagieren. Das Augenmerk sollte dabei vor allem folgenden Bereichen gelten:
  - Bildung und gesellschaftliche Kommunikation als Basis für gegenseitiges Verständnis,
  - breitangelegte Infrastrukturen der Entwicklung als Instrumente wirtschaftlichen Wandels.
8. Der Berufung eines Europäischen Verbundes für territoriale Zusammenarbeit im deutsch-polnischen Grenzraum sollten Vorarbeiten vorangehen. Der Bereich der zu ergreifenden Maßnahmen muss präzisiert werden, wobei Pilotprojekte einzuleiten sind. Der EVTZ könnte die Zusammenarbeit wesentlich verbessern, wenn seine Einführung auf eine Weise vollzogen wird, die mögliche gesellschaftliche und politische Kontroversen beseitigt. In der ersten Arbeitsphase sollte die Tätigkeit des EVTZ auf öffentliche Dienstleistungen ausgerichtet sein.
9. Notwendig ist eine unverzügliche Vereinfachung und Entbürokratisierung der Verfahren bei den im Rahmen der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit (ETZ) realisierten Projekten und allen deutsch-polnischen Basisinitiativen. Die Forderungen von Wirtschaftskreisen sind zu berücksichtigen. Von wesentlicher Bedeutung ist die grundlegende



Dezentralisierung der Verwaltung von EU-Fördermitteln und die beschleunigte Rückerstattung der ausgegebenen Mittel.

10. Der Beitritt zum Gebiet des Schengener Abkommens sollte mit der amtlichen Eingemeindung zahlreicher Einrichtungen der für Grenzdienste und Regierungsverwaltung überflüssigen Infrastrukturen im Grenzraum einhergehen. Andernfalls ist nämlich zu befürchten, dass diese Objekte ähnlich wie andere liegengelassene Bestandteile des Staatsvermögens vom Verfall bedroht sein werden.
11. Die Erfahrungen der Euroregionen Pomerania, Pro Europa Viadrina, Spree-Neiße-Bober und Neiße sowie der lokalen Verbände und Gemeinden bei der Herstellung grenzüberschreitender Kontakte an der Ostgrenze sollten genutzt werden.
12. Die Teilnehmer schätzen die Ergebnisse des Kongresses als sehr wertvoll ein. Der Kongress sollte fester Bestandteil regelmäßiger Begegnungen und Dialoge werden. Zu erwägen ist ferner die Organisierung von Schulungen, mit deren Hilfe sich die lokalen Behörden laufend über neue Bedingungen und Möglichkeiten der Entwicklungsförderung informieren können.

*Prof. Jerzy Regulski, Präsident der Stiftung für Entwicklung Lokaler Demokratie  
Czesław Fiedorowicz, Präsident der Euroregion Spree-Neiße-Bober  
Stephan Raabe, Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen*